

LEITARTIKEL

Freiheit für Schulcomputer

Nick Lüthi

Theaterkind von «Platz das Fest»

KÖNIZ/GASEL Es war eine rauschende Party: Ende Mai 2005 weihte Köniz seine umgestaltete und sanierte Schwarzenburgstrasse ein. «Platz das Fest» hiess der Anlass, den rund 30 000 Menschen besuchten – darunter auch eine ganze Anzahl theaterbegeisterter, wie sich nun zeigt. Mit einem Infostand am Fest nämlich suchten Verena und Kurt Graf nach Laienschauspielerinnen und -schauspielern zwecks Gründung eines Theatervereins. Und sie wurden fündig: Übermorgen Mittwoch bringt das «Theater Platzda Köniz 05» sein erstes Stück, «Airport Sturzflug 19 Uhr 05», zur Premiere.

Zwar ist in den Vereinsstatuten festgehalten, dass die neue Theatergruppe auch auswärtige Mitglieder aufnehmen könnte – so lange genügend Bewohnerinnen und Bewohner der Agglomerationsgemeinde mitmachen wollen, soll sie aber gemäss Kurt Graf eine reine Könizer Angelegenheit bleiben: «Punkto Theater ist Köniz dünn besiedelt», sagt er, «bisher gab es einzig die ‚Spiegel Bühne‘. Wir wollen zur kulturellen Vielfalt in der Gemeinde beitragen.» Entsprechend hat die Gruppe auch ihr aus Deutschland stammendes Stück nicht nur ins Bernerdeutsch übertragen, sondern auch lokal «eingekönizert». (rss)

[i] «AIRPORT STURZFLUG» 17., 18., 19., 20., 24., 26. und 27. Mai jeweils 20 Uhr; Sonntag, 21. Mai, 17 Uhr, im Saalbau Gasel. Vorverkauf (Bürozeiten): 031 970 54 54; Bistro-Reservation: 031 849 21 06 oder 079 612 93 13; Bistro jeweils ab 18 Uhr geöffnet. www.theater-platzda.ch

Es ist kein Luxusvorhaben, vielmehr ein Gebot der Stunde. Für 8,5 Millionen Franken will die Stadt Bern eine neue Informatik-Infrastruktur für die Volksschulen beschaffen. Am 21. Mai können die Stimmberechtigten zu diesem Kredit Stellung nehmen.

Computer und Internet sind aus unserem Alltag kaum noch wegzudenken. Speziell Jugendliche nutzen moderne elektronische Medien mit einer Selbstverständlichkeit, die älteren Generationen weitgehend fremd ist. Oft fehlt ihnen aber fachkundige Anleitung. Stattdessen stützen sie sich auf Halbwissen. Wenn nun die öffentliche Hand einen Beitrag leistet, um Schülerinnen und Schüler mit den Chancen und Risiken neuer Technologie und Medien vertraut zu machen, ist das eine sinnvolle Investition. Andere Städte, Zürich etwa, haben hierzu bereits grössere Anstrengungen unternommen.

Im Grundsatz wurde die Schulinformatikvorlage nie bestritten. Das hat auch damit zu tun, dass die Kosten «nur» im einstelligen Millionenbereich liegen. Für Diskussionen im Stadtrat sorgten hingegen die konkrete Gestalt und Herkunft der zu beschaffenden Computer und Software. Linke und grüne Parlamentarier befürchteten, dass sich die Verwaltung dem Softwaregiganten Microsoft an die Brust werfen wolle und damit von einem einzigen Hersteller abhängig würde. In der Tat sah der ursprüngliche Entwurf vor, den Grossteil der Software bei Bill Gates' Unternehmen einzukaufen. Microsoft geht gerne langfristige

Partnerschaften ein. So ist der stetige Fluss der jährlichen Lizenzabgaben gewährleistet. Im Gegenzug profitiert der Kunde von einem einzigen Ansprechpartner.

Weiterentwicklungen und Modifikationen der lizenzrechtlich geschützten Software bleiben jedoch weitgehend Sache des Anbieters. Einfach so mal ein Programm kopieren und an die Klasse verteilen, darf eine Lehrperson nicht. Genau das ermöglicht

Erst wer Alternativen zu den Monopolprodukten kennt, hat wirkliche Wahlfreiheit.

freie Software. Legal und ohne Kostenfolge, weil «frei» in diesem Fall auch «kostenfrei» bedeutet.

Auf den neuen Computern in Berns Schulzimmern soll laut Abstimmungsbotschaft «so weit möglich» freie Software installiert werden. Diese Formulierung bedeutet letztlich, dass für nahezu sämtliche Zwecke lizenz- und kostenfreie Software eingesetzt werden könnte. Denn für jedes Standardprodukt existiert eine gleichwertige oder zumindest ähnliche Alternative. Der Entscheid, wo welche Software verwendet wird, treffen Informatikspezialisten in der Verwaltung, die mehrheitlich über Erfahrung mit Standardsoftware von Microsoft und anderen grossen Anbietern verfügen. «So weit möglich» bedeutet dann wohl eher: So weit dies die zuständigen Informatiker zulassen – oder die Strategie wird von oben mit Weisungsgewalt durchgesetzt.

Das Bekenntnis des Stadtrats zu freier Software ist sinnvoll. Zum einen weil die Kosten tendenziell tiefer ausfallen als bei Produkten von Microsoft & Co. Zum anderen wird den Schülerinnen und Schülern gezeigt, dass es nicht nur einen einzigen Anbieter von Textverarbeitungs- oder Tabellenkalkulationsprogrammen gibt – mit dessen Word- und Excel-Programmen sie früher oder später sowieso in Berührung kommen werden. Erst wer Alternativen zu den Monopolprodukten kennt, hat wirkliche Wahlfreiheit.

Nun ist es nicht so, dass die gesamte Schulinformatik neu ausgerichtet würde. Jene Komponenten, die im Hintergrund den Betrieb gewährleisten und mit denen die einzelne Schülerin nicht in Berührung kommt, werden auch weiterhin von Anbietern wie Microsoft gestellt. Hier obsiegte ein gewisser Pragmatismus. Wenn die Informatiker der Stadtverwaltung seit Jahren auf einem bestimmten System geschult wurden, hätte eine Umstellung zusätzliche Investitionen zur Folge.

Alles in allem handelt es sich um eine ausgewogene Vorlage. Gewachsene Strukturen werden nicht einfach aufgebrochen, gleichzeitig wird ausreichend Raum für Neuerungen geschaffen. Den Stimmbürger interessiert letztlich, ob die 8,5 Millionen Franken sinnvoll eingesetzt werden – und keine unvorhergesehenen Folgekosten nach sich ziehen. Dank dem Bekenntnis zu freier Software ist diesem Interesse Genüge getan, und die Verwaltung verfügt über einen Hebel, mit dem sie die Kosten tief halten kann.

KURZ

Valora-Kiosk: Kritik am Berner Gemeinderat

STADT BERN Für die Gesellschaft zur Pflege des Stadt- und Landschaftsbildes (GSL) ist es unverständlich, dass der Gemeinderat das Kiosk-Projekt der Valora auf dem Waisenhausplatz unterstützt. In einer Mitteilung erinnert sie daran, dass die Stadt 1990 einen Wettbewerb zur Neugestaltung des Bären- und Waisenhausplatzes durchgeführt hat. Ziel sei es gewesen, alle bestehenden Provisorien, Aufbauten und Installationen auf den beiden Plätzen zu entfernen. Die GSL hat auch auf die Beschwerde reagiert, welche die Valora gegen den Entscheid der kantonalen Bau- und Verkehrsverwaltung eingereicht hat. In der Umgebung des Käfigturms sei das öffentliche Interesse an der Freihaltung des Stadtraumes höher zu gewichten als «nicht schlüssig nachgewiesene Interessen kommerzieller Art», schreibt sie in einem Brief an das Verwaltungsgericht. (pd)

Klee-Zentrum: Unia fordert mehr bezahlte Jobs

STADT BERN Das Zentrum Paul Klee will die Zahl der Freiwilligen, die wöchentlich je vier Stunden im Einsatz stehen, aufstocken. Die 150 Freiwilligen ersetzen 15 Vollzeitstellen und verhindern damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze, schreibt die Gewerkschaft Unia in einer Pressemitteilung. Weiter fordert Unia den Gemeinderat auf, Druck auszuüben auf den von der Stadt mit jährlich fast vier Millionen Franken subventionierte Betrieb: Ein Teil der Mehreinnahmen, die dank dem grossen Publikumsandrang erwirtschaftet worden seien, müssten «jetzt und heute» zur Schaffung von neuen Arbeits- und Praktikumsplätzen sowie Lehrstellen verwendet werden. (pd)

Ge|burts|tags|zei|tung, die

Mit diesem Geschenk werden Sie an jedem Geburtstagsfest Erfolg haben!

Wer möchte nicht gerne erfahren, was am Tag seiner Geburt in Bern, in der Schweiz und weltweit geschah? Wir fertigen Ihnen von der «Bund»-Ausgabe des gewünschten Datums eine Kopie mit Original-«Bund»-Zeitungshalter an.



Preise:

Pro Seite A3	CHF 2.50
Zeitungshalter	CHF 25.-
Fillbestellung	CHF 15.-

zuzüglich Portokosten und 7.6% MwSt.

Es werden nur ganze Zeitungen kopiert. Ausnahme: Bei den Jahrgängen 1950 bis 1969 ist es möglich nur die redaktionellen Seiten zu bestellen.

«Bund»-Abonnenten erhalten 10% Rabatt auf die Kopierkosten.

Bestellen Sie die Geburtstagszeitung:

am «Bund»-Schalter:
Bubenbergrplatz 8, Bern
Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 8.00 bis 18.00 Uhr
Tel. 031 385 14 44, Fax 031 385 14 45
E-Mail: sbo@derbund.ch, Internet: www.ebund.ch

oder schriftlich:
«Der Bund», Geburtstagszeitung, Bubenbergrplatz 8, 3001 Bern

Achtung:
Die Bestellungen müssen 10 Tage vor dem Lieferdatum bei uns eintreffen. Die Kopien können am Schalter abgeholt werden. Bei Versand mit der Post übernimmt der «Bund» keine Garantie für rechtzeitige Zustellung.

Der Bund

Verstehen, warum.